

Wien bleibt aus Nato-Programm ausgeschlossen

Protest österreichischer Abgeordneter bei Nato-Tagung bleibt fruchtlos.

Wien. Für einen „Riesenwirbel“ werde man bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato in der georgischen Hauptstadt Tiflis sorgen, hatte der Nationalratsabgeordnete der Grünen, Peter Pilz, in der „Kronen Zeitung“ angekündigt. Zusammen mit ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka, dem SPÖ-Abgeordneten Hannes Weninger und dem FPÖ-Abgeordneten Hubert Fuchs reiste Pilz zum Nato-Treffen, um gegen das türkische Vorgehen zu protestieren. Das Nato-Mitglied Türkei hat den Ausschluss Österreichs aus allen Nato-Programmen in die Wege geleitet.

Ändern konnte die Parlamentariermission aus Wien daran aber nichts. Der Rauswurf Österreichs ist fix. Das bestätigte am Montag die Sprecherin von VP-Klubobmann Lopatka der „Presse“. Man habe in Tiflis „massiv gekämpft“ und klargestellt, dass Österreich weiterhin ein verlässlicher Partner sei. Die stellvertretende Nato-Generalsekretärin, Rose Gottemoeller, habe daraufhin Wien für das bisherige Engagement im Rahmen der Nato-Partnerschaft für den Frieden gedankt, berichtet die Sprecherin.

Österreich ist ein wichtiger Truppensteller für die von der Nato geführten Friedensmission im Kosovo. Über Partnerschaftsverträge konnte es so wie andere Nicht-Nato-Mitglieder etwa an Ausbildungsprogrammen teilnehmen. Ankara begann mit Blockademaßnahmen, nachdem Österreichs Regierungsspitzen ein Ende der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei gefordert hatten. (w. s.)

Manchester: MI5 ignorierte Warnungen

Der britische Geheimdienst ermittelt wegen Pannen.

Manchester. Der Vorwurf ist brisant: Offenbar wurde der britische Inlandsgeheimdienst MI5 von mehreren Zeugen vorab gewarnt, dass der spätere Manchester-Attentäter, Salman Abedi, gefährlich sei. Der MI5 ermittelte, ob man auf Hinweise aus der Bevölkerung nicht genug geachtet habe. So riefen während Abedis College-Zeit zwei Bekannte die Antiterror-Hotline wegen der radikalen Ansicht Abedis an. Zudem soll er aus einer Moschee verwiesen worden sein, nachdem er einen Imam wegen dessen IS-Kritik beschimpft hatte. (ag.)

Ließ Erdoğan Putschisten gewähren?

Türkei. Aussagen angeklagter Militärs werfen neue Fragen auf: Armee und Geheimdienst waren offenbar frühzeitig über Putschpläne informiert, schritten am 15. Juli 2016 zunächst aber nicht ein.

Von unserer Korrespondentin
SUSANNE GÜSTEN

Istanbul. Wenn es nach der türkischen Regierung geht, gibt es keine Zweifel: Der Putschversuch des vergangenen Sommers wurde auf Befehl des Predigers Fethullah Gülen ausgeführt, doch der Plan scheiterte am beherzten Widerstand von Präsident Recep Tayyip Erdoğan und vieler Bürger. Fast ein Jahr nach der Putschnacht vom 15. Juli kommen aber neue Fragen auf: Aussagen eines Geheimdienstinformanten und mutmaßlicher Putschisten legen nahe, dass Ankara frühzeitig über die Putschpläne informiert war, den Umsturzversuch aber nicht verhindert hat.

Ex-Brigadegeneral Erhan Caha ist sicher, dass in der Putschnacht nichts ohne Wissen der Regierung geschehen ist. Der Umsturzversuch sei „laut den Plänen, Informationen und unter der Kontrolle des Generalstabschefs, der Kommandeure der Teilstreitkräfte und des Geheimdienstchefs abgelaufen“, sagte Caha vor einigen Tagen. Wenn die Offiziere der Armee rechtzeitig gewarnt worden wären, hätte das Blutvergießen (250 Tote) verhindert werden können.

Caha steht als mutmaßlicher Putschbeteiligter vor Gericht, wo ihm lebenslange Haft droht; möglicherweise will er sich mit seinen Aussagen nur selbst schützen. Doch Caha steht mit seinen Zweifeln nicht allein da. In türkischen Medien wurde ein weiterer angeklagter Offizier mit der Frage zitiert, warum die Behörden keine ballistische Untersuchung der angeblich von den Putschisten verschossenen Munition vorgelegt hätten. Laut dieser Aussage waren zwei Drittel der in der Putschnacht aufgebombten Soldaten der Aufständischen junge Wehrpflichtige, die keine



Eine Türkin macht ein Selfie vor einem Polizeiquartier in Ankara, das die Putschisten am Abend des 15. Juli 2016 bombardierten. [AFP]

scharfe Munition hatten. Wer also hat geschossen? Das fragt auch Michael Rubin von der Denkfabrik AEI in Washington. Der Erdoğan-Kritiker weist darauf hin, dass nach offizieller Darstellung eine Kommandoeinheit der Auführer in der Putschnacht per Hubschrauber in den Urlaubsort Marmaris geflogen ist, um Erdoğan festzunehmen. Rubin fragt, warum die Behörden den Hubschrauber fliegen ließen, obwohl zu dieser Zeit längst ein Flugverbot bestand. Als die Auführer in Marmaris ankamen, war Erdoğan längst fort.

Angebliche Geständnisse mutmaßlicher Putschisten erscheinen in einem neuen Licht. So erklärte Levent Türkkan, ein unter Putschverdacht verhafteter Ex-Adjutant von Armeechef Hulusi Akar, vor Gericht, seine Aussagen seien ihm

unter Folter abgepresst worden. Unbestritten ist, dass der türkische Geheimdienstchef, Hakan Fidan, und Generalstabschef Akar spätestens am Nachmittag des 15. Juli über den bevorstehenden Putschversuch informiert waren.

Meldung an Geheimdienstchef

Medienberichten zufolge meldete sich am frühen Nachmittag des 15. Juli ein Hubschrauberpilot und früherer Gülen-Anhänger in der Zentrale des Geheimdienstes MIT mit dem Verdacht, dass es Putschpläne gebe. Kurz darauf kamen MIT-Chef Fidan und Generalstabschef Akar zu einer längeren Unterredung zusammen und trennten sich erst eine halbe Stunde, bevor die Putschisten am Abend losschlügen.

Schon am Tag vor dem Umsturzversuch sollen Geheimdienst-

und Armeechef lang miteinander gesprochen haben. Laut einem parlamentarischen Untersuchungsbericht erfuhren die Umstürzler, dass der MIT eingeweiht war, und zogen den Beginn des Aufstandes um sechs Stunden vor – auf 21 Uhr am 15. Juli. Ex-General Caha und andere fragten sich, warum MIT und Armee nicht einschritten, sondern den Beginn des Aufstandes abwarteten.

Auch westliche Geheimdienste folgen der Darstellung der Erdoğan-Regierung nicht. BND-Chef Bruno Kahl nannte den Putsch einen „willkommenen Vorwand“ für Erdoğan, mit innenpolitischen Gegnern abzurechnen. Versuche Ankaras, die westlichen Verbündeten von der Täterschaft der Gülen-Bewegung zu überzeugen, seien nicht überzeugend.

Tokio kündigt nach Raketentest „Folgen“ an

Nordkorea. USA und Japan drohen Pjöngjang, doch ihr Handlungsspielraum ist begrenzt.

Tokio. Drei Raketentests in etwas mehr als drei Wochen – das stalinistische Regime in Pjöngjang stellt die Geduld seiner Nachbarn mit einer Dauer-Provokationsstrategie auf eine harte Probe. Nachdem Sonntagabend eine nordkoreanische Kurzstreckenrakete erneut in japanischen Gewässern ins Meer gestürzt war, reagierte Japans Premier Abe ungewohnt nervös: Er kündigte gemeinsam mit den USA „konkrete Handlungen“ an, um Nordkorea abzuschrecken.

Was er genau meinte, sagte er nicht. Auch in Washington gab man sich bedeckt. „Wir brauchen mehr diplomatischen Spielraum“, sagte Pentagon-Chef James Mattis. Er machte dabei aber auch deutlich, dass die USA derzeit keine militärischen Schritte gegen Nord-

koreas fortschreitendes Atomprogramm erwägen. „Ein Krieg wäre katastrophal. Es würden die schlimmsten Kämpfe drohen, die die meisten Menschen je gesehen haben.“

„Kein Respekt vor China“

In Washington befürchtet man, dass Pjöngjang bald Langstreckenraketen entwickelt haben könnte, die Atomsprengköpfe in die USA tragen können. Solche Modelle testeten die Nordkoreaner allerdings bisher nicht.

Auch die G7-Staaten hatten bei ihrem Treffen im sizilianischen Taormina am Samstag die Lösung des Nordkorea-Problems zur „Top-Priorität“ erklärt. Der Handlungsspielraum der Alliierten ist allerdings begrenzt, da sich Pjöngjang

bisher nicht einmal durch die harten internationalen Strafmaßnahmen hat abschrecken lassen.

US-Präsident Donald Trump spielte denn auch den Ball indirekt China zu, Nordkoreas wichtigstem Verbündeten: „Nordkorea hat sich gegenüber seinem Nachbarn China respektlos gezeigt – wo sich doch China so sehr [um eine Lösung] bemüht!“, twitterte er. Die USA versuchen derzeit, die Chinesen davon zu überzeugen, noch schärferen UN-Sanktionen gegen Nordkorea zuzustimmen. Offenbar fordert die US-Regierung auch Sanktionen gegen Länder, die gegen die UN-Regelungen verstoßen. Betroffen wären davon vor allem China und Russland.

Dementsprechend zurückhaltend reagierten denn auch die bei-

den UN-Vetomächte auf den neuen Test der Nordkoreaner. Russland und China verurteilten zwar die neue Provokation, riefen aber alle Seiten zur Zurückhaltung auf.

Laut Experten will Nordkorea mit seiner Dauerprovokation direkte Gespräche und einen diplomatischen Kompromiss erpressen. Sowohl Washington als auch Peking sowie Seoul haben einen Dialog zuletzt auch als möglichen Ausweg aus der Krise nicht ausgeschlossen. Dass nun in Südkorea ein in Nordkorea-Fragen gemäßigter Präsident an der Macht ist, dürfte Nordkoreas Hoffnungen auf neue Verhandlungen stärken.

Die USA wollen angesichts der anhaltenden Spannungen am Dienstag ihr Raketenabwehrsystem testen. (ag., red.)

Die Presse

EDITION

X

FEINE KOST

Terra Dalmatia



TERRA DALMATIA

Seit 2013 bietet „Terra Dalmatia“ Produkte für Kundinnen und Kunden an, die Wert auf individuellen, echten Geschmack aus natürlicher Produktion legen. Besonders wichtig ist dabei die Transparenz: Man soll wissen, woher das Produkt kommt und wer dahinter steht. Kurzum, „Terra Dalmatia“ bietet all jenen etwas, die gerne Gutes, ehrlich Produziertes genießen wollen. Absolute Frische und höchste Qualität haben oberste Priorität bei „Terra Dalmatia“.

Maraskakirschen-Set

€ 14⁴⁰

SHOP.DIEPRESSE.COM